

Kippt Dresden?

In der heutigen Sitzung sollte es eine Richtungsentscheidung geben – es ging um millionenschwere Kürzungen im Sozialbereich durch die neue rechte Mehrheit im Stadtrat.

Ein rot-grün-roter Antrag sollte die Förderung etlicher in den letzten Jahren begonnener sozialer und kultureller Projekte sichern: Hebammen, Streetworker, Nachtcafés für Obdachlose, Kinder- und Jugendtreffs, Projekte wie Leih-Omas, die „Väter-App“, Projekte gegen Gewalt in Partnerschaften, die Straßenschule der Treberhilfe, die Gleichstellungsarbeit des Gerede e. V., das Projekt „Zuhause in Prohlis“ und viele mehr. Etliche dieser Projekte stehen bei Ablehnung des Antrages vor dem Aus. Die rechte Seite hatte eine Ablehnung bereits angekündigt. Doch dazu kam es nicht. Nicht einmal in Hinblick auf die Dringlichkeit des Antrags hatten CDU, AfD, Bürgerfraktion und FDP ein Einsehen, lehnten es ab, den Antrag heute noch zu beraten. Konsequenz: die vielen Projekte dürfen weiter bängen, um dann beim nächsten Mal eiskalt begraben zu werden. Vor der Stadtratssitzung hatten indes hunderte Menschen dafür demonstriert, diese Förderungen zu erhalten, gewarnt davor, dass Dresden bald mit einer schwarz-blauen Ratsmehrheit aufwacht. Wir sagen „Danke“ an alle, die heute vor dem Stadtrat klar gemacht haben, dass Dresden weiterhin eine sozial gerechte Stadt bleiben soll! Sollte Dresden am 26. Mai nach rechts kippen, dann ist dieses Schauspiel nur ein leiser Vorgeschmack auf das, was kommt.



~~Radweg~~ Albertstraße

„Die 80er haben angerufen. Sie wollen ihre Verkehrsplanung zurück.“ In einer Zeit, in der überall in Europa der Radverkehr und der ÖPNV an Bedeutung gewinnen, steckt die rechte Seite des Stadtrats den Kopf in den Sand und möchte eine der wichtigsten

Radverkehrsstrecken Dresdens als vierspurige Automagistrale erhalten. Gegen jede Vernunft. Die Planungen für eine Albertstraße mit drei Autospuren und beidseitigen Radspuren sind abgeschlossen. Und das, obwohl die Anzahl der Autos auch nur zwei Spuren rechtfertigen würde. Die Umgestaltung hätte in einigen

Wochen beginnen können. Die Baumaßnahme wäre zu 90 % gefördert worden. All das wurde weggeworfen von den Dinosaurierfraktionen für eine ideologisch motivierte Verkehrsplanung aus den 80er Jahren. Dieser Beschluss, den geplanten Radstreifen rückabzuwickeln, ist nachteilig für die Stadt und deshalb rechtlich angreifbar!